

Insolvenzen in Deutschland

■ Jahr 2012

Eine Untersuchung
der Creditreform
Wirtschaftsforschung


Creditreform

INHALT

SEITE

1	Insolvenzen	1
1.1	Die Insolvenzzahlen für Deutschland im Jahr 2012	1
1.2	Verluste und Schäden durch Insolvenzen	3
1.3	Insolvenzen und Arbeitsplatzverluste	6
1.4	Insolvenzen nach Rechtsformen	7
1.5	Insolvenzen nach Unternehmensgröße und Alter	8
1.6	Insolvenzen in den Wirtschaftsbereichen und Großinsolvenzen	11
2	Wirtschaftspolitisches und rechtliches Umfeld	19
2.1	Makroökonomische Rahmenbedingungen	19
2.2	Finanzierung und Zahlungsverhalten	22
2.3	Die Drei-Stufen-Reform des Insolvenzrechts	25
2.3.1	1. Stufe: Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen (ESUG)	25
2.3.2	2. Stufe: Privatinsolvenz als Chance zum Neuanfang	27
2.3.3	3. Stufe: Reform des Konzerninsolvenzrechts und der Verwalterauswahl	28
3	Zusammenfassung	30

■ 1 Insolvenzen

1.1 Die Insolvenzzahlen für Deutschland im Jahr 2012

Auch wenn das Wirtschaftswachstum im Sommer an Schwung verloren hat und sich für das letzte Vierteljahr eine schwächere Entwicklung andeutet, zeigt sich die deutsche Volkswirtschaft in einem schwierigen Umfeld weiter robust. Insgesamt hat sich das solide Wirtschaftswachstum der letzten zwölf Monate größtenteils positiv auf das Insolvenzgeschehen im Unternehmenssektor (wie auch bei den privaten Verbrauchern) ausgewirkt. Nichtsdestotrotz machen sich die Schleifspuren der europäischen Staatsschuldenkrise bemerkbar, so dass die Entspannung der Insolvenzsituation bei den deutschen Unternehmen nicht mehr ganz so stark ausgefallen ist wie im Zuge der wirtschaftlichen Erholungsphase in den Jahren 2010 und 2011. Mit 29.500 Unternehmensinsolvenzen ist die Zahl der Insolvenzverfahren gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres (30.120 Fälle) um 620 Fälle zurückgegangen. Dies entspricht einem Rückgang um 2,1 Prozent – etwas weniger als in den beiden Vorjahren (2011: minus 6,1 Prozent; 2010: minus 2,6 Prozent).

Entspannung des Insolvenzgeschehens in robustem Umfeld

Rückgang fällt mit 2,1 Prozent schwächer aus als in den beiden Vorjahren

Tab. 1: Insolvenzverfahren in Deutschland

■	Gesamtinsolvenzen	Unternehmensinsolvenzen	Verbraucherinsolvenzen	sonstige Insolvenzen
2003	100.350 + 19,0%	39.470 + 4,9%	33.510 + 55,7%	27.370 + 8,7%
2004	118.260 + 17,8%	39.270 - 0,5%	49.100 + 46,5%	29.890 + 9,2%
2005	136.570 + 15,5%	36.850 - 6,2%	68.900 + 40,3%	30.820 + 3,1%
2006	161.320 + 18,1%	34.040 - 7,6%	96.500 + 40,1%	30.780 - 0,1%
2007	164.750 + 2,1%	29.150 - 14,4%	105.300 + 9,1%	30.300 - 1,6%
2008	155.910 - 5,4%	29.580 + 1,5%	98.450 - 6,5%	27.880 - 8,0%
2009	162.870 + 4,5%	32.930 + 11,3%	100.790 + 2,4%	29.150 + 4,6%
2010	169.840 + 4,3%	32.060 - 2,6%	109.960 + 9,1%	27.820 - 4,6%
2011	159.580 - 6,0%	30.120 - 6,1%	103.250 - 6,1%	26.210 - 5,8%
2012 *)	156.200 - 2,1%	29.500 - 2,1%	101.500 - 1,7%	25.200 - 3,9%

*) von Creditreform geschätzt

**Verbraucherinsolvenzen
näher sich Marke von
100.000 Fällen an**

Zurückgegangen ist auch die Zahl der Verbraucherinsolvenzen. Während 2011 103.250 Fälle registriert wurden, mussten 2012 nur noch 101.500 Verbraucher einen Insolvenzantrag stellen – ein Rückgang um 1,7 Prozent. Damit nähert man sich wieder der Marke von 100.000 Verbraucherinsolvenzen an, die 2007 erstmalig überschritten wurde. Seit 2009 wurden stets mehr als 100.000 insolvente Verbraucher gezählt. Nach Angaben der Bundesbank profitierten die privaten Haushalte in diesem Jahr vor allem von der günstigen Lage des Arbeitsmarktes sowie von kräftigen Einkommenssteigerungen.

Insgesamt wurden von den Amtsgerichten 156.200 Insolvenzen registriert. Damit wurde der Wert des Vorjahres (159.580 Fälle) um 2,1 Prozent unterschritten. Auch die Zahl der sonstigen Insolvenzen, die sich aus Insolvenzen ehemals Selbstständiger, Insolvenzen natürlicher Personen als Gesellschafter sowie Nachlassinsolvenzen zusammensetzen, ist zurückgegangen: 2012 belaufen sich die sonstigen Insolvenzen auf 25.200 Fälle (2011: 26.210 Fälle; minus 3,9 Prozent).

Tab. 2: Insolvenzverfahren in Westdeutschland

■	Gesamt- insolvenzen	Unternehmens- insolvenzen	Verbraucher- insolvenzen	sonstige Insolvenzen
2003	76.520 + 21,6%	29.650 + 11,7%	27.740 + 52,1%	19.130 + 5,4%
2004	90.680 + 18,5%	30.080 + 1,5%	41.820 + 50,8%	18.780 - 1,8%
2005	103.640 + 14,3%	28.020 - 6,8%	53.810 + 28,7%	21.810 + 16,1%
2006	122.480 + 18,2%	26.890 - 4,0%	72.290 + 34,3%	23.300 + 6,8%
2007	125.100 + 2,1%	23.250 - 13,5%	80.010 + 10,7%	21.840 - 6,3%
2008	121.420 - 2,9%	23.690 + 1,9%	77.310 - 3,4%	20.420 - 6,5%
2009	127.360 + 4,9%	26.670 + 12,6%	79.320 + 2,6%	21.370 + 4,7%
2010	134.080 + 5,3%	26.190 - 1,8%	87.280 + 10,0%	20.610 - 3,6%
2011	126.440 - 5,7%	24.840 - 5,2%	82.270 - 5,7%	19.330 - 6,2%
2012 *)	124.100 - 1,9%	24.580 - 1,0%	80.600 - 2,0%	18.920 - 2,1%

*) von Creditreform geschätzt

Im regionalen Vergleich fällt vor allem auf, dass zwar sowohl in West- als auch in Ostdeutschland ein Rückgang der Unternehmensinsolvenzen ver-

zeichnet wird, allerdings ist der Rückgang in den neuen Bundesländern wesentlich ausgeprägter als in den alten. So ging die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche im Osten von 5.280 Fällen im Vorjahr auf aktuell 4.920 Fälle zurück. Dies entspricht einem Rückgang um minus 6,8 Prozent. In den alten Bundesländern sank die Zahl der unternehmerischen Insolvenzverfahren um gerade einmal 1,0 Prozent (2012: 24.840 Fälle; 2011: 24.580 Fälle).

Rückgang in den neuen Bundesländern deutlich stärker

Tab. 3: Insolvenzverfahren in Ostdeutschland

■	Gesamtinsolvenzen	Unternehmensinsolvenzen	Verbraucherinsolvenzen	sonstige Insolvenzen
2003	23.830 + 11,4%	9.820 - 11,3%	5.770 + 75,9%	8.240 + 17,0%
2004	27.580 + 15,7%	9.190 - 6,4%	7.280 + 26,2%	11.110 + 34,8%
2005	32.930 + 19,4%	8.830 - 3,9%	15.090 + 107,3%	9.010 - 18,9%
2006	38.840 + 17,9%	7.150 - 19,0%	24.210 + 60,4%	7.480 - 17,0%
2007	39.650 + 2,1%	5.900 - 17,5%	25.290 + 4,5%	8.460 + 13,1%
2008	34.490 - 13,0%	5.890 - 0,2%	21.140 - 16,4%	7.460 - 11,8%
2009	35.510 + 3,0%	6.260 + 6,3%	21.470 + 1,6%	7.780 + 4,3%
2010	35.760 + 0,7%	5.870 - 6,2%	22.680 + 5,6%	7.210 - 7,3%
2011	33.140 - 7,3%	5.280 - 10,1%	20.980 - 7,5%	6.880 - 4,6%
2012 *)	32.100 - 3,1%	4.920 - 6,8%	20.900 - 0,4%	6.280 - 8,7%

*) von Creditreform geschätzt

Dagegen ist die Zahl der Verbraucherinsolvenzen im Westen etwas stärker zurückgegangen als im Osten. In den alten Bundesländern wurden nur noch 80.600 Verbraucherinsolvenzen registriert, nachdem es 2011 noch 82.270 Fälle waren – ein Rückgang um 2,0 Prozent. In den neuen Bundesländern hat die Zahl der Verbraucherinsolvenzen nahezu stagniert: Mit 20.900 Verbraucherinsolvenzen wurden nur 0,4 Prozent weniger Fälle gezählt als im vergangenen Jahr (20.980 Fälle).

1.2 Verluste und Schäden durch Insolvenzen

Die durch Unternehmensinsolvenzen verursachten Schäden für die Insolvenzgläubiger haben im Vergleich zum Vorjahr, als noch eine deutliche

**Insolvenzschäden steigen
auf 38,5 Milliarden Euro**

Entspannung der Insolvenzsituation und weitaus weniger große Firmeninsolvenzen verzeichnet wurden, merklich zugenommen. Die Schäden aus Insolvenzen summieren sich 2012 auf 38,5 Mrd. Euro. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres belief sich die Insolvenzschaadenssumme auf insgesamt 21,5 Mrd. Euro.

Die ermittelte Schadenssumme beruht zum Teil auf Schätzungen und Hochrechnungen. Eine exakte Berechnung der Schäden für die Gläubiger und die Öffentlichkeit ist äußerst komplex, da von den Insolvenzgläubigern nicht alle offene Forderungen in voller Höhe angezeigt werden und sich zudem nicht zweifelsfrei feststellen lässt, inwiefern Rückflüsse an Teile der Gläubiger erfolgt sind. Davon abgesehen ist die Aufforderung an die Gläubiger zur Anmeldung ihrer Ansprüche üblicherweise zum Zeitpunkt der Erfassung des Verfahrens noch gar nicht erfolgt, so dass sich die exakte Höhe der Forderungsverluste frühestens zwei Jahre nach Eröffnung des Verfahrens ermitteln lässt.

Tab. 4: Schäden durch Unternehmensinsolvenzen in Deutschland in Mrd. Euro

■	private Gläubiger	je Insolvenzfall (in Euro)	öffentliche Hand	Gesamt
2003	27,9	707.000	12,6	40,5
2004	27,5	700.000	11,9	39,4
2005	26,7	725.000	10,8	37,5
2006	22,4	658.000	8,7	31,1
2007	21,2	727.000	8,0	29,2
2008	21,0	710.000	8,0	29,0
2009	63,8	1.937.000	15,1	78,9
2010	22,9	714.000	9,2	32,1
2011	15,4	511.000	6,1	21,5
2012 *)	26,2	888.000	12,3	38,5

*) von Creditreform geschätzt

Die Hochrechnung wird durch weitere Quellen untermauert. Das Statistische Bundesamt beziffert die voraussichtlichen Forderungen für die ersten acht Monate des laufenden Jahres allein bei un-

ternehmerischen Insolvenzen auf 28,9 Mrd. Euro. Gegenüber dem Vorjahr (12,6 Mrd. Euro) entspricht dies einem Anstieg um rund 130 Prozent. Der Pensionssicherungs-Verein (PSVaG), der die Betriebsrenten und Rentenanwartschaften der Arbeitnehmer vor dem Verlust infolge einer Insolvenz des Arbeitgebers versichert, erwartet eine deutlich steigende Zahl an Versorgungsberechtigten, so dass die Mitgliedsunternehmen in diesem Jahr ca. 912 Mio. Euro zu zahlen haben. Zum Vergleich: Im letzten Jahr waren dies noch rund 560 Mio. Euro (vgl. Pressemitteilung vom 08.11.2012). Die Zahlen zum Insolvenzgeld der Bundesagentur für Arbeit deuten ebenfalls auf einen spürbaren Anstieg der Insolvenzscha-

Ursächlich für diese Entwicklung dürfte vor allem die im laufenden Jahr erheblich höhere Zahl an Großinsolvenzen sein. Insbesondere die großen Insolvenzen in den Segmenten Erneuerbare Energien und Automobilzulieferer sowie die Zusammenbrüche namhafter Unternehmen wie Schlecker oder Neckermann zogen Schäden in Milliardenhöhe nach sich. Dabei trifft es nach wie vor private Gläubiger weitaus härter als die öffentliche Hand. Die Schäden für private oder gewerbliche Gläubiger belaufen sich im Jahr 2012 überschlägig auf 26,2 Mrd. Euro (2011: 15,4 Mrd. Euro), während öffentliche Gläubiger 12,3 Mrd. Euro (2011: 6,1 Mrd. Euro) an offenen Forderungen registrieren.

Derzeit sind die Zahl der betroffenen Gläubiger und die individuellen Forderungsbeträge bei großen Firmenzusammenbrüchen – wie dem der Schlecker Unternehmensgruppe – in der Regel deutlich höher als bei Insolvenzen mittelständischer Unternehmen. Dementsprechend stieg die durchschnittliche Schadenssumme je Insolvenzfall im Jahr 2012 auf 888.000 Euro, nachdem es im Vorjahr nur 511.000 Euro waren.

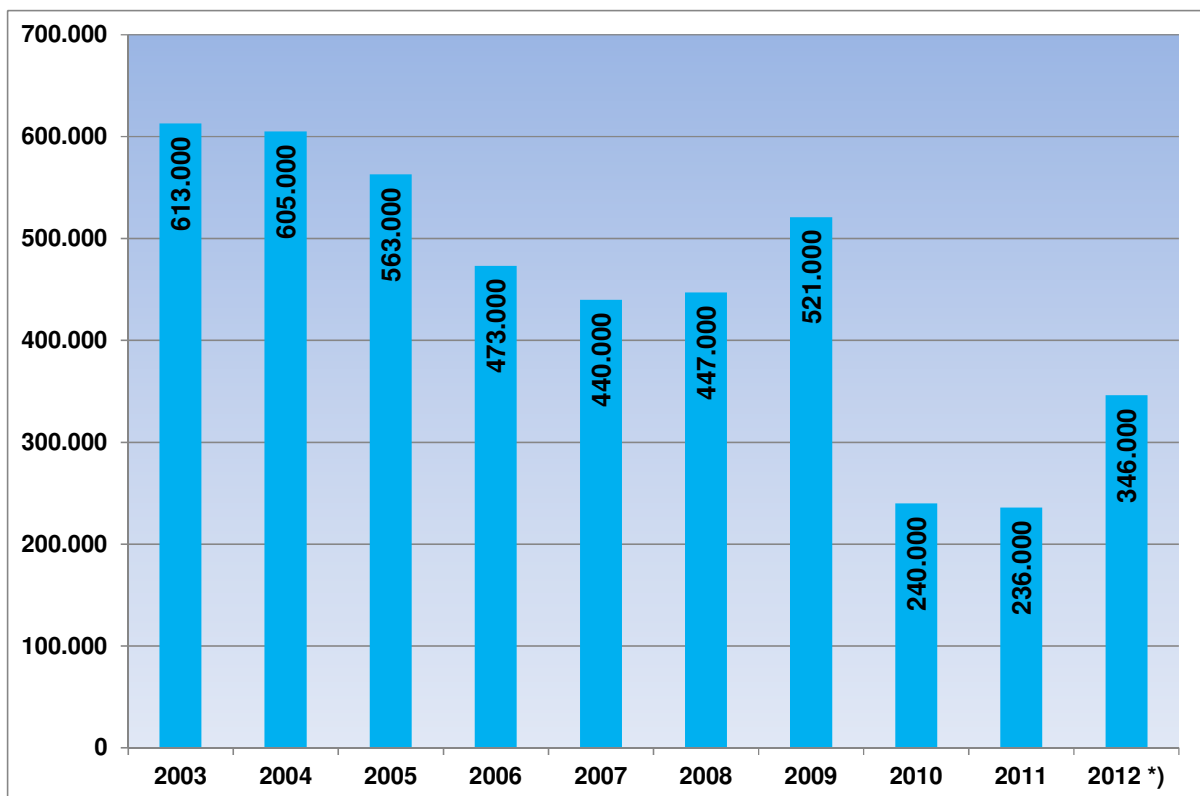
Deutlich mehr Großschäden

1.3 Insolvenzen und Arbeitsplatzverluste

Rund 350.000 Arbeitnehmern droht Arbeitsplatzverlust ...

Die Zahl der Arbeitsplätze, die aufgrund der Insolvenzen verloren gehen oder bedroht sind, hat gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 46,6 Prozent zugenommen – von 236.000 auf rund 346.000 Arbeitnehmer. Dies ist in erster Linie auf die Insolvenz einiger großer, namhafter Unternehmen wie Schlecker zurückzuführen. Gleichwohl bewegt man sich dabei noch auf einem vergleichsweise moderaten Niveau. Zum Vergleich: Die diesjährige Zahl der drohenden Arbeitsplatzverluste liegt rund 100.000 Arbeitnehmer unter dem Mittelwert der letzten zehn Jahre (ca. 450.000 drohende Jobverluste).

Abb. 1: Gesamtarbeitsplatzverluste insolventer Unternehmen in Deutschland



*) von Creditreform geschätzt

... trotzdem immer noch gute Arbeitsmarktlage

Die allgemeine Arbeitsmarktlage ist immer noch gut, allerdings sind zunehmend die Auswirkungen der europäischen Rezession zu erkennen. Die Bundesagentur für Arbeit meldete im Oktober, dass die Zahl der Erwerbstätigen bei rund 41,85

Millionen liegt – 322.000 Personen mehr als im Vorjahr. Gleichzeitig wurden 2.753.000 Personen ohne Arbeit registriert. Dies waren im Vergleich zum Oktober des letzten Jahres ein Prozent oder 16.000 mehr Arbeitslose.

1.4 Insolvenzen nach Rechtsformen

Auf Platz eins der Rechtsformen mit der höchsten Insolvenzbetroffenheit liegen (wie im letzten Jahr) die Unternehmen, die als Gewerbebetrieb firmieren. 43,5 Prozent aller Unternehmensinsolvenzen gehen auf das Konto der Kleingewerbetreibenden. Zum Vergleich: Im letzten Jahr machten die Gewerbebetriebe noch 45,8 Prozent aller Insolvenzen aus. Gleichzeitig hat die Zahl der Insolvenzfälle zugenommen, die Unternehmen mit der Rechtsform GmbH betreffen. Binnen Jahresfrist stieg der Anteil der GmbHs von 40,0 auf 41,9 Prozent der gemeldeten Unternehmensinsolvenzen.

Weniger Gewerbetreibende von Insolvenz betroffen

Tab. 5: Unternehmensinsolvenzen nach Rechtsformen 2012

■	Deutschland
freie Berufe	3,0 (3,1)
Kleingewerbetreibende	43,5 (45,8)
BGB-Gesellschaft	1,0 (1,1)
Einzelfirma	3,3 (3,3)
OHG	0,2 (0,2)
KG	0,4 (0,5)
GmbH & Co. KG	4,9 (4,6)
GmbH	41,9 (40,0)
AG	0,8 (0,7)
eG	0,1 (0,0)
e.V.	0,9 (0,8)

Anteile in Prozent; () = Vorjahresangaben

Auch die Rechtsform GmbH & Co. KG ist im Berichtszeitraum häufiger unter den insolventen Unternehmen zu finden: Nach 4,6 Prozent im Vorjahr betrug der Anteil an allen unternehmerischen Insolvenzen diesmal 4,9 Prozent. Gestiegen ist auch der Anteil der Aktiengesellschaften (2012: 0,9 Prozent; 2011: 0,8 Prozent).

Aktiengesellschaften riskanter

1.5 Insolvenzen nach Unternehmensgröße und Alter

Sinkende Insolvenzgefahr bei sehr jungen Betrieben

Unter dem Strich ist die Insolvenz betroffenheit binnen Jahresfrist in fast allen Altersklassen zurückgegangen. Der stärkste Rückgang wurde bei den Neugründungen registriert: 2012 mussten nur noch 4.640 Unternehmen im Alter von bis zu zwei Jahren Insolvenz anmelden, nachdem es 2011 noch fast 5.000 gewesen waren (minus 6,1 Prozent). Damit sinkt der Anteil der sehr jungen Unternehmen, die 2012 den Gang zum Amtsgericht antreten mussten, von 16,4 auf 15,7 Prozent. Weitere 13,1 Prozent der Firmenzusammenbrüche stammen aus dem Lager der Unternehmen, die seit fünf bis sechs Jahren auf dem Markt sind – ein Rückgang um 0,5 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr (13,6 Prozent). Die Zahl der Insolvenzen in dieser Altersklasse sank von 4.090 auf 3.870 Unternehmen (minus 5,4 Prozent). Auch unter den etablierten Unternehmen konnten weniger Insolvenzen verzeichnet werden. Die Zahl der insolventen Unternehmen im Alter von über zehn Jahren ging auf Jahressicht um 320 Insolvenzfälle oder 3,0 Prozent zurück (2012: 10.420 Fälle; 2011: 10.740 Fälle).

Tab. 6: Insolvenzen nach Unternehmensalter 2012

■	absolut	%-Anteil	%-Veränderung zum Vorjahr
0 bis 2 Jahre	4.640 (4.940)	15,7 (16,4)	- 6,1
3 bis 4 Jahre	5.170 (4.720)	17,5 (15,7)	+ 9,5
5 bis 6 Jahre	3.870 (4.090)	13,1 (13,6)	- 5,4
7 bis 8 Jahre	3.190 (3.310)	10,8 (11,0)	- 3,6
9 bis 10 Jahre	2.210 (2.320)	7,5 (7,7)	- 4,7
über 10 Jahre	10.420 (10.740)	35,3 (35,7)	- 3,0

() = Vorjahresangaben

Heraus sticht die Entwicklung bei den Unternehmen, die vor drei bis vier Jahren gegründet worden sind. Verglichen mit dem Vorjahr wurde in dieser Altersklasse ein Anstieg um 9,5 Prozent registriert – von 4.720 auf 5.170 Insolvenzfälle. Interessant ist dabei, dass dies die Betriebe sind, die während oder kurz nach der Finanzkrise gegründet worden waren. Eventuell haben vergleichsweise viele Unternehmensgründer in dieser Zeit eine zu riskante Wachstumsstrategie gewählt oder ihr „aus der Not geborener“ Geschäftsplan war nicht hinreichend durchdacht. Neugründungen unterliegen mit wachsender Beschäftigtenzahl häufig einem erhöhten Insolvenzrisiko, wenn sie nach einer Etablierung am Markt in die Phase der Bewährung und Konsolidierung eintreten (vgl. z. B. Gründungspanel 2012).

Aus der Not geborene Gründungen zum Scheitern verurteilt?

Tab. 7: Unternehmensinsolvenzen 2012 nach Beschäftigtenzahl

■	Deutschland
1 – 5 Personen	79,1 (79,6)
6 – 10 Personen	9,0 (9,2)
11 – 20 Personen	5,7 (5,6)
21 – 50 Personen	4,0 (3,7)
51 – 100 Personen	1,2 (1,2)
> 100 Personen	0,9 (0,7)

Anteile in Prozent; () = Vorjahresangaben

Dass mit fast neun von zehn Unternehmen nach wie vor die meisten Insolvenzen Kleinst- und Kleinbetriebe mit bis zu zehn Beschäftigten betreffen, ist angesichts der kleinteiligen Wirtschaftsstruktur Deutschlands wenig überraschend. Gleichwohl ist in dieser Berichtsperiode der Anteil dieser Betriebe am Insolvenzgeschehen zurückgegangen. So waren nur noch bei 79,1 Prozent der Insolvenzfälle bis zu fünf Personen beschäftigt, nachdem dies im Vorjahr noch bei 79,6 Prozent der Unternehmenszusammenbrüche der Fall war. Auch bei den Betrieben mit sechs bis zehn Beschäftigten ist die Insolvenzbetroffenheit gesunken – von 9,2 Prozent auf 9,0 Prozent.

Insolvenzgeschehen verlagert sich zu mittleren und großen Unternehmen

Große Unternehmensinsolvenzen sind zwar immer noch vergleichsweise selten, vor dem Hintergrund der gestiegenen Zahl an prominenten Zusammenbrüchen großer Firmen wie der Schlecker Unternehmensgruppe oder Neckermann kann jedoch ein Anstieg der mittleren und großen Unternehmen am Insolvenzgeschehen verzeichnet werden. Während der Anteil der registrierten Fälle von Unternehmen mit einer Beschäftigtenzahl von über 100 Mitarbeitern im letzten Jahr noch 0,7 Prozent betrug, sind es 2012 bereits 0,9 Prozent. Auch bei den Unternehmen der Größenklasse von 21 bis 50 Mitarbeitern ist ein Anstieg der Insolvenzfälle festzustellen: 4,0 Prozent der Insolvenzen betreffen Betriebe dieser Größe – nach 3,7 Prozent im letzten Jahr. Weitere 1,2 Prozent der Insolvenzfälle betreffen Unternehmen mit 51 bis 100 Beschäftigten (Vorjahr: 1,2 Prozent).

Tab. 8: Insolvenzen nach Umsatzgrößenklassen 2012 *) für Gesamtdeutschland in Mio. Euro

■	absolut	%-Anteil	%-Veränderung zum Vorjahr
bis 0,1	7.200 (7.500)	24,4 (24,9)	- 4,0
> 0,1 – 0,25	6.340 (6.740)	21,5 (22,4)	- 5,9
> 0,25 – 0,5	5.010 (5.270)	17,0 (17,5)	- 4,9
> 0,5 – 5,0	9.260 (9.010)	31,4 (29,9)	+ 2,8
> 5,0 – 25,0	1.360 (1.360)	4,6 (4,5)	+/- 0,0
> 25,0 – 50,0	180 (150)	0,6 (0,5)	+ 20,0
> 50,0	150 (90)	0,5 (0,3)	+ 66,7
Gesamt	29.500 (30.120)	100,0 (100,0)	- 2,1

*) Umsätze teilweise geschätzt; () = Vorjahresangaben

66,7 Prozent mehr Insolvenzen bei Großunternehmen

Auch die Betrachtung des Insolvenzgeschehens nach Umsatzgrößenklassen spiegelt diese Entwicklung wider. So sind es die Großunternehmen mit einem Jahresumsatz von über 50 Millionen Euro, die bei der Zahl der Insolvenzfälle auf Jahressicht ein Plus von 66,7 Prozent aufweisen: Insgesamt sind 2012 150 Großunternehmen betroffen, während es im Vergleichszeitraum des Vorjahres lediglich 90 Unternehmen waren. Ebenfalls stark gestiegen ist die Insolvenzbetroffenheit unter den Unternehmen mit einem Umsatz zwischen 25

und 50 Millionen Euro. Nach 150 Unternehmen im Vorjahr sind 2012 180 Unternehmensinsolvenzen in dieser Größenklasse zu beklagen.

Ganz anders die Situation in den kleinteiligeren Segmenten. Der stärkste Rückgang an Insolvenzen wurde bei den Betrieben mit einem Jahresumsatz zwischen 100.000 und 250.000 Euro registriert – minus 5,9 Prozent (von 6.740 auf 6.340 Fälle). Weniger Insolvenzen wurden auch bei den Betrieben, die bis zu 100.000 Euro (minus 4,0 Prozent) bzw. zwischen 250.000 und 500.000 Euro (minus 4,9 Prozent) pro Jahr umsetzen, gezahlt. Insgesamt betreffen 62,9 Prozent aller Insolvenzen die Betriebe aus diesen drei Umsatzgrößenklassen und damit weniger als im vergangenen Jahr (64,8 Prozent).

1.6 Insolvenzen in den Wirtschaftsbereichen und Großinsolvenzen

Der Handel verzeichnet in diesem Jahr den stärksten Rückgang bei den Insolvenzen. Auf Jahressicht verringerte sich die Zahl der Insolvenzen um 2,6 Prozent von 6.190 auf 6.030 Betriebe. Dabei verringerte sich das Insolvenzaufkommen in den alten Bundesländern mit minus 1,9 Prozent wesentlich schwächer als im Osten Deutschlands. Hier fiel die Veränderungsrate mit minus 6,1 Prozent mehr als dreimal so hoch aus. Der Großhandel profitierte vom Aufwärtstrend des deutschen Außenhandels. „Für Schwarzmalerei sei angesichts des immer schwieriger werdenden außenwirtschaftlichen Umfelds kein Raum“, so Börner, Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA). Trotz der zum Jahresende prognostizierten Schwächephase steht der Außenhandel in 2012 nach Angaben des BGA vor einem neuen Allzeithoch – im Gesamtjahr dürften die Ausfuhren um vier Prozent auf 1.103 Mrd. Euro ansteigen. Auch die Einzelhandelsumsätze werden sich voraussichtlich weiter erhöhen: Der Handelsverband Deutschland (HDE) prognostiziert für 2012 einen Umsatz (ohne

Stärkster Rückgang im Handel

Kfz) von 427,7 Mrd. Euro (Vorjahr: 421,5 Mrd. Euro).

Tab. 9: Insolvenzen nach Wirtschaftsbereichen 2012 *)

■	absolut	%-Anteil am gesamten Insolvenzaufkommen	%-Veränder. gegenüber dem Vorjahr
Verarb. Gew.			
West	2.050 (2.040)	8,3 (8,2)	+ 0,5
Ost	380 (390)	7,7 (7,4)	- 2,6
Deutschland	2.430 (2.430)	8,2 (8,1)	+/- 0,0
Bau			
West	3.360 (3.300)	13,7 (13,3)	+ 1,8
Ost	880 (990)	17,9 (18,8)	- 11,1
Deutschland	4.240 (4.290)	14,4 (14,2)	- 1,2
Handel			
West	5.110 (5.210)	20,8 (21,0)	- 1,9
Ost	920 (980)	18,7 (18,6)	- 6,1
Deutschland	6.030 (6.190)	20,4 (20,6)	- 2,6
Dienstleist.			
West	14.060 (14.290)	57,2 (57,5)	- 1,6
Ost	2.740 (2.920)	55,7 (55,3)	- 6,2
Deutschland	16.800 (17.210)	56,9 (57,1)	- 2,4
Gesamt			
West	24.580 (24.840)	100,0 (100,0)	- 1,0
Ost	4.920 (5.280)	100,0 (100,1)	- 6,8
Deutschland	29.500 (30.120)	99,9 (100,0)	- 2,1

*) von Creditreform geschätzt, () = Vorjahresangaben

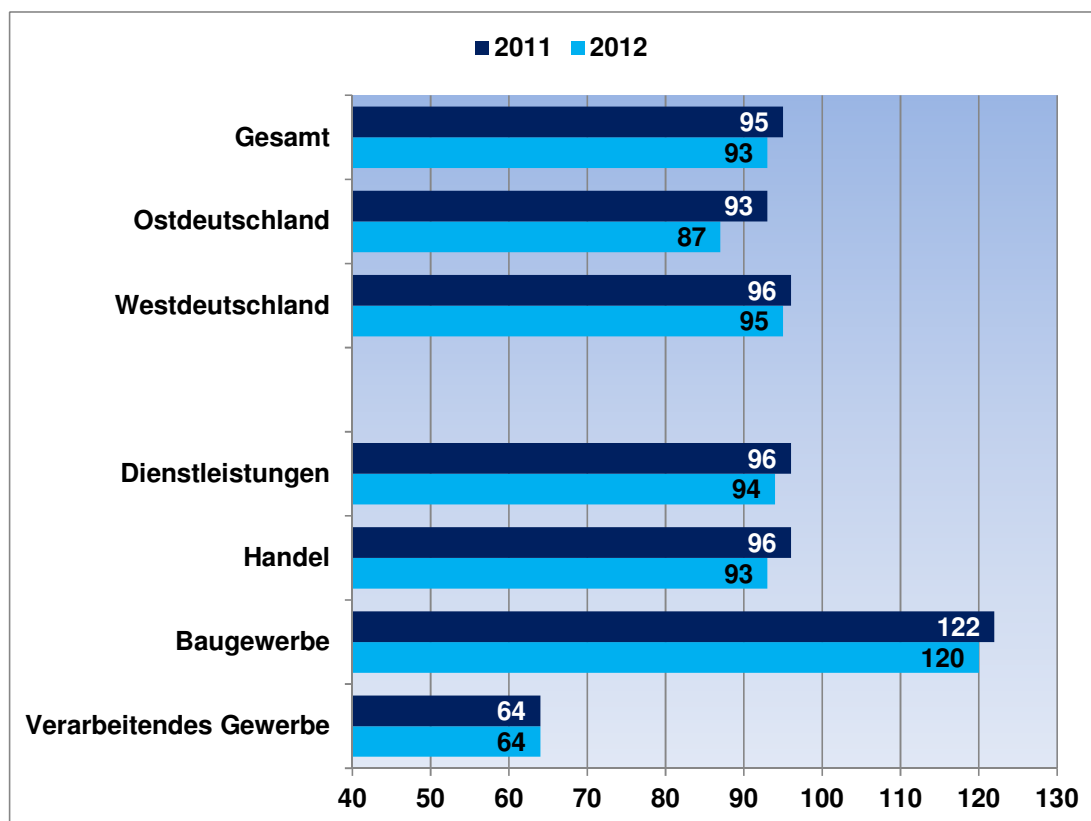
Weniger insolvente Dienstleister – Industrie stagniert

Auch die Dienstleistungsunternehmen weisen einen überdurchschnittlichen Rückgang bei den unternehmerischen Insolvenzen von immerhin 2,4 Prozent auf. Im Dienstleistungssektor wurden nach 17.210 Insolvenzfällen im Vorjahr 16.800 Fälle gezählt. Merkwürdigerweise fiel die Entspannung des Insolvenzgeschehens im Bausektor aus, wo ein Minus von 1,2 Prozent registriert wurde (2012: 4.240 Fälle; 2011: 4.290 Fälle). Das Insolvenzaufkommen im Verarbeitenden Gewerbe stagniert. Auf das gesamte Bundesgebiet werden wie im Vorjahr 2.430 Insolvenzen entfallen. Trotz eines recht ordentlichen ersten Halbjahres dürfte sich die schwächere Entwicklung im Winterhalbjahr auch im Verarbeitenden Gewerbe widerspiegeln. Die Bundesbank rechnet damit, dass die schwächere in- und ausländische Nachfrage zu weiteren Anpassungen in der Produktionsleistung der Industriefirmen führen wird.

Der Handel (93; Vorjahr: 96) und der Dienstleistungssektor (94; Vorjahr: 96) sind auch hauptverantwortlich für den Rückgang der gesamtdeutschen Insolvenzquote von 95 auf 93 Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen. Nachdem die ostdeutsche Insolvenzquote im vergangenen Jahr erstmals unter der Insolvenzquote in Westdeutschland gelegen hatte, setzt sich der Trend in diesem Jahr fort. So geraten in den neuen Bundesländern derzeit 87 Firmen je 10.000 Unternehmen in die Insolvenz (Vorjahr: 93), während es in den alten Bundesländern immerhin 95 Firmen sind (Vorjahr: 96).

Osten setzt positiven Trend fort

Abb. 2: Risikoquoten nach den Hauptwirtschaftsbereichen in Deutschland 2012 *)



*) Quelle: Creditreform Wirtschaftsdatenbank u. Umsatzsteuerstatistik 2010
() = Vorjahresangaben

Auch wenn sich die Insolvenzsituation im Dienstleistungssektor insgesamt entspannt hat, sind unter den risikobehafteten Branchen vor allem Wirtschaftszweige aus dem Dienstleistungsbereich zu finden, wenn man das Insolvenzrisiko auf Branchenebene (5-stellige WZ-Codes gemäß der Sys-

tematik des Statistischen Bundesamtes) untersucht. Besonders hohe Ausfallrisiken liegen in Branchen aus dem Verkehrs- und Logistiksektor vor: Bei den Post-, Kurier- und Expressdiensten kommen auf 10.000 Unternehmen 788 Firmen, die ein Negativmerkmal wie einen massiven Zahlungsverzug oder einen Insolvenzantrag aufweisen. Auch die Branche „Güterbeförderung im Straßenverkehr, Umzugstransporte“ verzeichnet mit 590 Firmen je 10.000 Unternehmen ein hohes Ausfallrisiko. Das zweithöchste Insolvenzrisiko liegt bei „Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten“ vor (726 je 10.000 Unternehmen). Die Gastronomiebranchen „Diskotheken und Tanzlokale“ sowie „Bars“ sind mit 656 bzw. 540 Firmen je 10.000 Unternehmen ebenfalls stark risikobehaftet.

Tab. 10: Risikobehaftete Branchen („Top Ten“)

■	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Post-, Kurier und Expressdienste	788
Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten	726
Diskotheken und Tanzlokale	656
Videotheken	632
sonstige getränkegeprägte Gastronomie	611
Güterbeförderung im Straßenverkehr, Umzugstransporte	590
Detekteien	565
Bars	540
Einzelhandel mit Gebrauchsgütern	506
Call Center	502

In die Analyse einbezogen wurden nur Branchen mit mindestens 1.000 Betrieben.

Insgesamt ging der Insolvenztrend 2012 in Richtung mittlere und große Unternehmen (siehe Kapitel 1.5). Im Brennpunkt standen dabei namhafte, große Insolvenzen wie die der Schlecker Unternehmensgruppe, Neckermann oder der Nürnbergring GmbH. Während sich in diesem Jahr die Segmente „Erneuerbare Energien“ und „Automobilzulieferer“ ständig in den Schlagzeilen wieder-

finden, waren es jüngst vor allem die Schifffahrts- und Reedereiunternehmen sowie die Printmedien, die unter enormen Anpassungsdruck gerieten.

Tab. 11: Große Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2012 („Top Ten“)

■	Unternehmen	Geschäftszweck	Mitarbeiter
	Schlecker Unternehmensgruppe	Drogeriemarktkette	52.000
	neckermann.de GmbH neckermann Logistik GmbH	Versandhandel und Interneteinzelhandel	4.000
	Q-Cells SE	Solarmodulhersteller	2.510
	Meteor Gummiwerke Unternehmensgruppe	Herstellung von Dichtungen für Autos, Züge, Flugzeuge und Gebäude	2.300
	P + S Werften GmbH	Schiffbau (ohne Boots- und Yachtbau)	2.100
	SIAG Schaaf Industrie Unternehmensgruppe	Zulieferer für Windkraftanlagen	1.900
	Global PVQ SE	Herstellung von Solarwärmekollektoren	1.700
	Ruia Global Fasteners AG	Schraubenhersteller	1.400
	Leiser Fabrikations- und Handels- gesellschaft GmbH & Co. KG	Bekleidungsindustrie/ -Einzelhandel	1.400
	Müller-Brot GmbH	Herstellung von Backwaren	1.200

Großinsolvenzen im Handel

Nachdem die Drogeriemarktkette Schlecker im Frühjahr dieses Jahres Insolvenz anmelden musste, war im Herbst 2012 ein weiteres Großunternehmen von einer Insolvenz betroffen. So hat im Juli das Versandhandelsunternehmen Neckermann Insolvenz angemeldet. Der Investor Sun Capital wollte den Sanierungsplan für das Unternehmen finanziell nicht mittragen. Nachdem Gespräche mit potenziellen Investoren gescheitert waren, wurde die Insolvenz des Versandhändlers zum 1. Oktober schließlich abgewickelt. Von der Insolvenz sind die Firmen Neckermann.de GmbH, die Neckermann Logistik GmbH und die Neckermann.contact Heideloh GmbH sowie rund 4.000 Mitarbeiter betroffen. Neben dem Rückzug des

*Auf Schlecker folgt
Neckermann*

Investors wurde auch der misslungene Unternehmenswandel vom klassischen hin zum Internetversandhändler als Insolvenzgrund genannt. Ein kleines positives Signal: Vor kurzem ist die in einem getrennten Insolvenzverfahren geführte Neckermann Tochter Happy Size an einen Konkurrenten verkauft worden, der möglichst viele der rund 80 Arbeitsplätze erhalten will.

Nürburgring am Ende?

Und noch eine Insolvenz sorgte im Jahr 2012 für Schlagzeilen – die zahlungsunfähige Nürburgring GmbH. Der legendären Rennstrecke in der Eifel droht vier Monate nach der Insolvenzanündigung nun das endgültige wirtschaftliche Aus, nachdem Verhandlungen zwischen den Insolvenzverwaltern der nahezu landeseigenen Gesellschaft und den Pächtern des Nürburgrings über eine Räumung der Immobilie gescheitert sind. Die damalige SPD-Alleinregierung von Ministerpräsident Beck hatte 2010 mit der Nürburgring Automotive GmbH einen Pachtvertrag abgeschlossen. Mit den Einnahmen sollten die staatlich abgesicherten Kredite von 330 Millionen Euro für den Bau des Freizeitparks abgezahlt werden. Wegen fehlender EU-Rettungsbeihilfen und Pachtzahlungen konnte die Nürburgring GmbH die Kredite nicht mehr bedienen und musste Insolvenz anmelden. Sollten die Gespräche mit den Pächtern scheitern, könnte dies das endgültige Aus für die traditionsreiche Rennstrecke bedeuten. Ministerpräsident Kurt Beck ist bereits zurückgetreten.

Schiffahrts- und Reedereiunternehmen

Im Herbst 2012 sind immer mehr Schiffahrts- und Reedereiunternehmen von einer Insolvenz betroffen. Infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise brach der Markt für Reedereien zusammen. Auch heute noch müssen die Schiffahrtsunternehmen mit niedrigen Charraten kämpfen. Bereits Anfang März hat die Reederei Beluga Insolvenz für die Tochtergesellschaft Beluga Chartering bean-

*SPD beweist kein glückliches
Händchen mit Pachtvertrag*

Schwere See

tragt. Anfang Juni war die Reederei Beluga endgültig pleite. Somit wurde das Insolvenzverfahren auch über die Tochterunternehmen Beluga Shipping GmbH, Beluga Chartering GmbH sowie elf weitere Unternehmen eröffnet. Mehrere hundert Mitarbeiter der Beluga Reederei haben ihren Arbeitsplatz verloren.

Ende August war die Rettung der angeschlagenen P+S-Werften GmbH in Wolgast und Stralsund gescheitert. Der Insolvenzantrag ist eingereicht, womit einer der größten Arbeitgeber in Mecklenburg-Vorpommern mit rund 2.100 Beschäftigten vor dem finanziellen Aus steht. Es wird ein Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung angestrebt. Für die erfolgreichere Peene-Werft in Wolgast wird ein Käufer gesucht. Die Zukunft der Volkswerft in Stralsund ist hingegen weiter ungewiss. Ende Oktober läuft das Insolvenzgeld für die Mitarbeiter aus. Anfang November eröffnete das zuständige Amtsgericht das Insolvenzverfahren. Nach Angaben der Insolvenzverwaltung ist die Werft mit mehr als 100 Millionen Euro überschuldet. Generell leiden die Reedereien unter sinkenden Frachtraten, die mit dem abflauenden Welthandel einhergehen.

*Einer der größten Arbeitgeber
Mecklenburg-Vorpommerns
vor dem Aus*

Printmedien in der Krise

Begonnen hat die Krise der Printmedien mit der Insolvenz der Nachrichtenagentur dapd. Anfang Oktober stellte die Muttergesellschaft dapd media holding AG aufgrund von Zahlungsunfähigkeit einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens in Eigenverwaltung. Betroffen sind neben der dapd Nachrichtenagentur GmbH und der dapd Nachrichten GmbH noch sieben weitere Tochterunternehmen. Die erst seit September bestehende dapd-Gruppe – ein Zusammenschluss aus dem bereits schon einmal insolventen Deutschen Depeschen Dienst (ddp) und dem deutschen Dienst der US-Nachrichtenagentur Associated Press (AP) – beschäftigt rund 500 Mitarbeiter, von denen 299 von der Insolvenz betroffen sind. Für

dapd macht den Anfang

*„Gründungsblatt“ der
Bundesrepublik pleite*

den Zeitraum der vorläufigen Insolvenz bis Ende November erhalten die Mitarbeiter der insolventen dapd-Gesellschaften statt ihres üblichen Gehalts Insolvenzgeld von der Bundesagentur für Arbeit. Als Gründe für die Insolvenz werden neben den hohen Personalkosten und geringer Subventionsleistungen auch die Auflagenrückgänge der verkauften Tageszeitungen genannt.

Rund einen Monat später kam mit der Frankfurter Rundschau dann der erste Insolvenzfall einer überregionalen Tageszeitung. Von der Insolvenzanmeldung des Druck- und Verlagshauses Frankfurt am Main GmbH sind rund 500 Mitarbeiter betroffen. Die Hauptgesellschafter, die Mediengruppe DuMont Schauberg, die auch hinter dem Berliner Verlag steht, und die SPD-Medienholding ddvg, sahen wegen massiver Umsatzverluste keine Perspektive mehr für die Fortführung der Zeitung und haben die weitere Finanzierung eingestellt. Als Gründe werden der eingebrochene Anzeigenmarkt und der Rückgang an Druckereiaufträgen genannt. Doch die Insolvenzverwalter sind zuversichtlich, dass eine Lösung zum Fortbestand und zur Sanierung der Zeitung gefunden werden kann. Es werden Gespräche mit mehreren potenziellen Investoren geführt, die Beteiligungen bei der Frankfurter Rundschau und der Druckerei erwägen. Ziel der Verhandlungen ist eine „übertragende Sanierung“. Dabei würde der Investor die Aktiva des Unternehmens kaufen, die Verbindlichkeiten aber nicht übernehmen. Bislang erscheint die Zeitung weiter. Das drohende Aus der Frankfurter Rundschau hat auch Auswirkungen auf Mitarbeiter des Berliner Verlags, denn hier werden die „Berliner Zeitung“ und der überregionale Teil der Frankfurter Rundschau gemeinsam produziert. So liegen den Mitarbeitern des Berliner Verlages Abfindungsangebote vor.

Eine weitere Hiobsbotschaft folgte am 23. November: Die Financial Times Deutschland (FTD) wird Anfang Dezember eingestellt. Zwar wurden mit einem Investor noch kurzfristig Gespräche über eine Übernahme der Zeitung geführt, jedoch stellte dies – ebenso wie eine Fortführung als Online-Zeitung oder die Mischung aus verschlankter Printausgabe und einem digitalen Pay-on-demand-Modell – keine wirtschaftlich gangbare Lösung dar. Die letzte Ausgabe der FTD soll am 7. Dezember erscheinen. Die FTD war erstmals im Jahr 2000 erschienen und macht seit ihrer Gründung Verluste. Ferner sollen die Zeitschriften „Impulse“ und „Börse online“ verkauft werden. Rund 320 der 350 Stellen sind von der Insolvenz gefährdet.

Auch die FTD vor dem Aus

■ 2 **Wirtschaftspolitisches und rechtliches Umfeld**

2.1 **Makroökonomische Rahmenbedingungen**

Die deutsche Volkswirtschaft gerät zunehmend in den Sog der europäischen Staatsschuldenkrise. Zeigte sich Deutschland in der ersten Jahreshälfte noch in einer vergleichsweise guten Verfassung, so kann es sich dem Griff der Euro-Krise im weiteren Jahresverlauf vermutlich nicht mehr entziehen. Im dritten Quartal dürfte das Wirtschaftswachstum weiter nachgelassen haben. Nachdem das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im ersten Quartal noch um 0,5 Prozent und im zweiten um 0,3 Prozent zugelegt hatte, ist das BIP im dritten Quartal gegenüber dem Vorquartal um 0,2 Prozent gestiegen (Quelle: Statistisches Bundesamt).

Deutschland im Griff der Euro-Krise

Zum Jahresende dürfte sich die Lage weiter eintrüben. Nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) ist dies in erster Linie auf die Verunsicherung durch die Euroschuldenkrise und das rezessive Umfeld im Euro-Raum zurückzuführen. Ursächlich dürfte zudem die weiter anhaltende globale Konjunkturschwäche sein. So gilt die Lage in für Deutschland wichtigen Volkswirtschaft-

ten wie China und den USA nach wie vor als unsicher. Infolge der schwächeren Nachfrage aus dem Ausland wird vermutlich auch die inländische Nachfrage nach industriellen Erzeugnissen schwach bleiben. Im September ging die Industrieproduktion um 2,3 Prozent zurück.

Die verhaltenen Aussichten spiegeln sich auch in der Auslastung der Kapazitäten wider, die im Verarbeitenden Gewerbe beträchtlich abgenommen haben. Eingetrübt hat sich auch die konjunkturelle Situation im Dienstleistungssektor. Die Verzahnung der Dienstleister mit der Leistungserbringung der Industrie könnte dazu geführt haben, dass auch die Wirtschaftsleistung der Dienstleistungsunternehmen in Mitleidenschaft gezogen wurde. Ausgesprochen rege zeigt sich dagegen das Baugewerbe. Vor allem der Wohnungsbau befindet sich weiterhin auf Expansionskurs, wo sich die derzeitigen Zinskonditionen und das unsichere Finanzmarktumfeld belebend auswirken (Bundesbank Monatsbericht, November 2012). Die Kehrseite der Medaille sind allerdings erste Anzeichen von Immobilien-Preisblasen in den deutschen Ballungsräumen (im Zuge der Suche nach rentierlichen Anlagen – "search for yield"), wie die Bundesbank jüngst in ihrem Finanzstabilitätsbericht konstatierte.

*Stimmungsindikatoren
deuten auf durchwachsendes
Gesamtbild hin*

Das durchwachsene Gesamtbild wird auch durch weiche Stimmungsindikatoren belegt. Das KfW-ifo-Mittelstandsbarometer ist im Oktober zum achten Mal in Folge zurückgegangen: Das Klima bei den kleinen und mittelständischen Betrieben ging um 1,1 Zähler auf 2,6 Saldenpunkte zurück. Hinweise für einen konjunkturellen Einbruch lägen dennoch nicht vor. So ist auch der Ifo-Index erstmals nach sechs Monaten wieder gestiegen: Zum Anstieg von 100 auf 101,4 Punkte trugen neben der besseren Einschätzung der aktuellen Lage die optimistischeren Geschäftserwartungen bei. Die Personalnachfrage der Unternehmen dürfte derweil deutlich zurückgehen. Rund 28 Prozent der deutschen Unternehmen kalkulieren mit Entlas-

sungen. Dies ergab die jüngste Umfrage des Instituts der Wirtschaft Köln (IW). Haupttriebfedern für diese Entwicklung seien dabei das schwächelnde Auslandsgeschäft und die düsteren Geschäftsaussichten. Dies deckt sich mit den Ergebnissen der Creditreform-Herbstumfrage zur Wirtschaftslage im Mittelstand: Nachdem im Herbst des letzten Jahres noch 34,2 Prozent der Betriebe zu Neueinstellungen bereit gewesen sind, ist dies derzeit nur noch bei 26,7 Prozent der Unternehmen der Fall. Gleichzeitig ist der Anteil der Unternehmen gestiegen, die ihren Personalbestand verkleinert haben – von 7,0 auf 10,4 Prozent der Befragten. Auch die Geschäftsentwicklung ist nach den Ergebnissen von Creditreform deutlich abgekühlt. Der Saldo der Geschäftsentwicklung notiert mit plus 50,7 Punkten deutlich unter dem Vorjahresstand von plus 57,9 Punkten.

Das BMWi prognostiziert für das Jahr 2012 ein Wirtschaftswachstum von 0,8 Prozent. Ein Wert, der für sich genommen zunächst niedrig erscheint – um den Deutschland aber die meisten europäischen Nachbarn beneiden dürften. Das reale BIP des Euro-Raums ging im zweiten Quartal um 0,2 Prozent zurück, nachdem im ersten Quartal ein Nullwachstum verzeichnet worden war (EZB Monatsbericht). Für 2012 prognostiziert Deutsche Bank Research einen Rückgang um 0,5 Prozent.

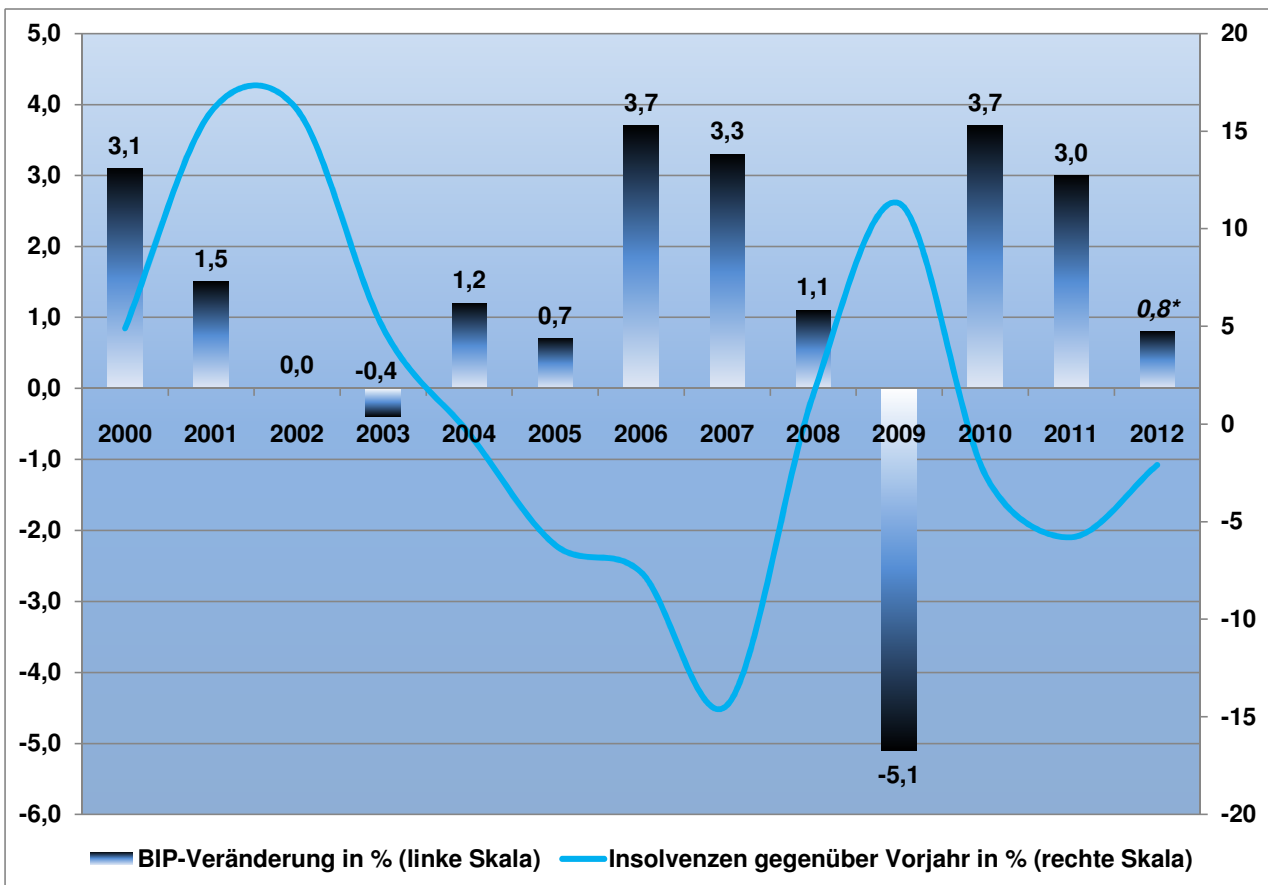
Dass diese „Schleifspuren“ beim deutschen Wirtschaftswachstum nicht ohne Folgen für das Insolvenzaufkommen bleiben werden, zeigt ein Blick auf Abbildung 3, welche die konjunkturelle Entwicklung (BIP-Veränderung in Prozent) und die Entwicklung des Insolvenzgeschehens (Veränderung der Insolvenzen gegenüber dem Vorjahr in Prozent) gegenüberstellt. Dabei wird deutlich, dass eine hohe Korrelation zwischen dem BIP und der Insolvenzentwicklung besteht – die konjunkturellen Schwankungen der letzten zwölf Jahre spiegeln die Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen. Mit dem schwächer werdenden BIP-Wachstum deutet sich auch eine Trendwende bei

*Wachstumsprognose 2012:
0,8 Prozent*

Trendwende eingeläutet (?)

den unternehmerischen Insolvenzen an. So ist die Kurve der Insolvenzentwicklung aufgrund des gegenüber 2010 und 2011 schwächeren Rückgangs wieder erstmals seit 2009 aufwärtsgerichtet. Nachdenklich stimmt vor allem die Tatsache, dass die Insolvenzentwicklung prinzipiell einen nachlaufenden Indikator für die konjunkturelle Entwicklung darstellt, so dass in der Folge mit einem weiteren (stärkeren) Anstieg zu rechnen sein könnte.

Abb. 3: Konjunkturelle Entwicklung und Insolvenzgeschehen



* Wachstumsprognose des BMWi

2.2 Finanzierung und Zahlungsverhalten

Abkühlung des Kreditneugeschäfts zum Jahresende

Parallel zur deutschen Konjunktorentwicklung dürfte sich zum Jahresende auch das Kreditneugeschäft abkühlen. Dies signalisiert der KfW-Kreditmarktausblick. Die Abkühlung wird jedoch weniger von der Angebotsseite herbeigeführt, wo sich der Liquiditätsrückfluss aus dem Ausland sowie die günstigen Zinskonditionen belebend aus-

wirken. Vielmehr gehen dämpfende Impulse von der Nachfrageseite aus. Momentan sind die Finanzierungsbedingungen noch gut, worauf auch der moderate Anstieg des von der KfW ermittelten Kreditneugeschäfts im dritten Quartal hindeutet.

Neben den Finanzierungsbedingungen zählen Veränderungen im Zahlungsverhalten der Kunden zu den wichtigsten Einflussfaktoren für die Liquiditäts- und Finanzsituation mittelständischer Betriebe. Denn Betriebe kommen ohne eine ausreichend starke Eigenkapitaldecke schnell in Liquiditätsnöte, wenn sich nicht oder zu spät beglichene Rechnungen häufen sollten. Für viele Mittelständler bedeuten ausgefallene Forderungen sogar das Aus – ein nicht hinreichendes Ausmaß an Liquidität stellt eine der häufigsten Insolvenzursachen dar.

Den Berechnungen der Creditreform Wirtschaftsforschung zufolge hat sich das Zahlungsverhalten in den vergangenen sechs Monaten trotz der rückläufigen konjunkturellen Dynamik nochmals verbessert. Dies signalisiert der Creditreform DRD-Index im Herbst 2012, dem Umfrageergebnisse unter rund 4.000 Betrieben und Daten des Creditreform Debitorenregisters Deutschland (DRD) zugrunde liegen. Dabei erweist sich der Rückgang des Creditreform DRD-Index im Frühjahr als eine kleine Delle: Der DRD-Index steigt von 72,8 Punkten im Herbst 2011 auf aktuell 73,2 Punkte – ein Plus von 0,4 Zählern.

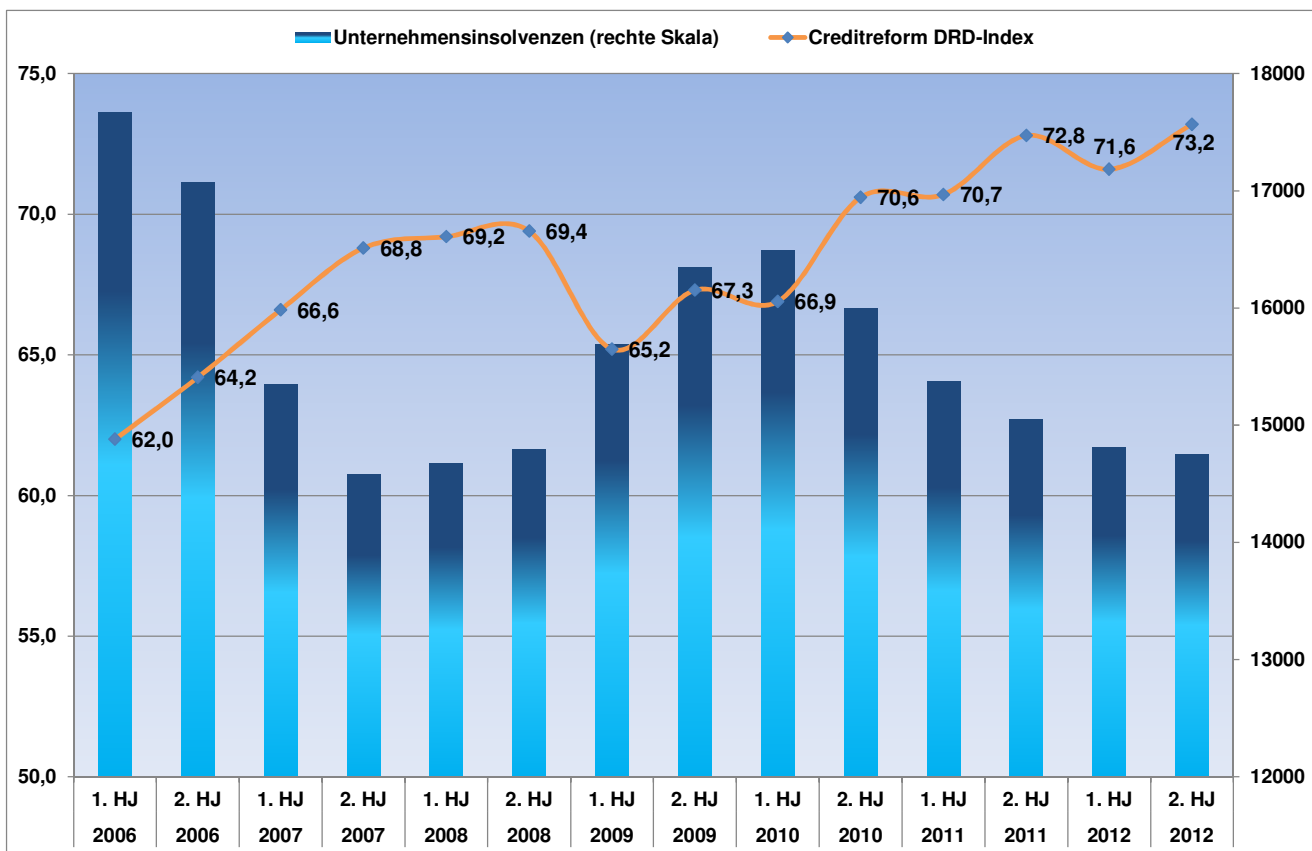
Die Verbesserung des Zahlungsverhaltens in der deutschen Wirtschaft resultiert vor allem aus verkürzten Forderungslaufzeiten und geringeren Zahlungsverzügen. So erhielten im vergangenen halben Jahr mehr Lieferanten und Kreditgeber ihr Geld innerhalb der üblichen Zahlungsfristen. Vier von fünf befragten Betrieben (79,0 Prozent) gaben an, dass die Rechnungen nach spätestens 30 Tagen beglichen werden. 2011 mussten sich die Betriebe noch etwas länger gedulden, bis die offenen Rechnungen bezahlt wurden: Damals ver-

*Zahlungsverhalten im Herbst
noch einmal leicht verbessert*

*Mehr Lieferanten erhalten
Geld innerhalb der üblichen
Zahlungsfristen*

zeichneten lediglich 78,4 Prozent einen pünktlichen Zahlungseingang. Zudem ist die gewichtete Überfälligkeit zurückgegangen: Bis zur Begleichung einer überfälligen Rechnung lassen die Unternehmen weniger Zeit verstreichen als im Vorjahr. Im Durchschnitt bezahlen die Betriebe ihre überfälligen Rechnungen mit einem Zahlungsverzug von 12,33 Tagen und damit 0,41 Tage schneller als im Herbst 2011 (12,74 Tage).

Abb. 4: Unternehmensinsolvenzen und Creditreform DRD-Index



Quelle: Creditreform Debitorenregister und Mittelstandsbefragungen; Unternehmensinsolvenzen: gleitender Mittelwert der Halbjahreswerte

In Abbildung 4 lässt sich der enge Zusammenhang zwischen dem Zahlungsverhalten (dargestellt durch den Creditreform DRD-Index) und der Insolvenzentwicklung im Zeitverlauf gut erkennen.

Positiver Trend mit abnehmender Dynamik

Das vergleichsweise robuste Wirtschaftswachstum hat nicht nur das Insolvenzaufkommen sinken lassen, sondern auch das Zahlungsverhalten in der deutschen Wirtschaft überwiegend positiv be-

einflusst, so dass der Aufwärtstrend der vergangenen drei Jahre weiter intakt ist und – bildlich gesprochen – die Schere zwischen dem DRD-Index und den Unternehmensinsolvenzen weiter auseinander geht. Nichtsdestotrotz nimmt die Dynamik dieser Trends – ähnlich wie bei der Entwicklung der Insolvenzfälle – ab. Die gestiegenen Abwärtsrisiken für die deutsche Wirtschaft und das Zahlungsverhalten widerspiegelnd, werden die Veränderungsraten zum aktuellen Rand hin immer kleiner.

2.3 Die Drei-Stufen-Reform des Insolvenzrechts

2.3.1 1. Stufe: Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen (ESUG)

Die erste Stufe der Insolvenzrechtsreform ist bereits am 1. März dieses Jahres in Kraft getreten. Das Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen soll die Fortführung sanierungsbedürftiger Unternehmen erleichtern.

- Im Zentrum der Reform steht die Eigenverwaltung im Rahmen eines Schutzschirmverfahrens. Ein Unternehmen, dem Zahlungsunfähigkeit droht, kann ein Schutzschirmverfahren beantragen. Wird das Verfahren genehmigt, kann die Geschäftsführung zusammen mit einem Sachverwalter innerhalb von drei Monaten einen Sanierungsplan ausarbeiten. In dieser Zeit ist der Schuldner vor dem Zugriff der Gläubiger geschützt. Gelingt die Sanierung, ist die Insolvenz abgewendet. Bei einem Scheitern der Sanierung wird ein Insolvenzverfahren angeordnet.
- Neben der Stärkung der Eigenverwaltung wird auch die Mitbestimmung der Gläubiger verbessert. So kann ein Gläubigerausschuss einen Insolvenzverwalter vorschla-

Schutzschirmverfahren

gen und bei der Anordnung der Eigenverwaltung mitsprechen.

- Das Insolvenzplanverfahren soll häufiger Anwendung finden. So sind die Rechtsmittel für Gläubiger-Minderheiten, die eine Ablehnung des Insolvenzplanverfahrens favorisieren, eingeschränkt worden.
- Neu ist auch, dass im Rahmen eines Insolvenzplanverfahrens Forderungen von Gläubigern in Gesellschaftsanteile umgewandelt werden können.

Auswirkungen des ESUG

Bislang werden die Auswirkungen des ESUG überwiegend positiv bewertet. Nicht nur die rückläufige Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist im Zusammenhang mit den neuen rechtlichen Regelungen bemerkenswert. Ebenso belegen aktuelle Untersuchungen, dass das neue Insolvenzrecht rege genutzt wird.

Zum einen kommt eine Roland Berger Studie zu dem Ergebnis, dass seit März 2012 bereits mehr als 500 Insolvenzverfahren unter dem neuen Gesetz eingeleitet worden sind. Rund 40 Prozent der befragten Gläubiger, Insolvenzverwalter, Rechtsanwälte, Richter, Investoren und Manager bewerten das neue Gesetz positiv. So seien Unternehmensliquidationen durch das neue Gesetz deutlich seltener nötig und es wurden bereits mehrere Debt-to-Equity-Swaps nach der neuen Rechtslage durchgeführt. Insbesondere die Einführung des vorläufigen Gläubigerausschusses (52 Prozent), den Ausbau des Insolvenzplanverfahrens (43 Prozent) sowie die Stärkung der Eigenverwaltung (40 Prozent) bewerten die Studienteilnehmer positiv.

Zahl der Verfahren in Eigenverwaltung gestiegen

Ebenso ist die Zahl der Insolvenzverfahren, die in Eigenverwaltung durchgeführt werden, rasant gestiegen: Laut Creditreform Datenbank wurden im Jahr 2011 nur elf Verfahren in Eigenverwaltung durchgeführt. 2012 waren es bereits 101 Insol-

venzverfahren. Damit ist ein Ziel der Neuerung erreicht, nämlich dass sich kriselnde Unternehmen früher als bisher Hilfe suchen sollen. Denn aus Angst vor einem Kontroll- und Reputationsverlust zögerten bislang viele Geschäftsführer den Insolvenzantrag möglichst lange hinaus. Die Insolvenz gilt als Stigma und die Insolvenzverwalter finden in aller Regel bei den Unternehmen kaum noch Masse vor. Das soll mit der neuen Gesetzgebung anders werden.

2.3.2 2. Stufe: Privatinsolvenz als Chance zum Neuanfang

Mit der zweiten Stufe der Insolvenzrechtsreform wird das Verbraucherinsolvenz- und Restschuldbefreiungsverfahren neu geregelt. Die wesentlichen Eckpunkte sind:

- Um die hohe Zahl an Verbraucherinsolvenzen einzudämmen, soll das Verfahren der Restschuldbefreiung von sechs auf drei Jahre verkürzt werden. Insolvente Existenzgründer und Verbraucher, also alle natürlichen Personen, sollen schneller eine Chance zum Neuanfang erhalten, wenn sie einen Teil ihrer Schulden schnell bezahlen. Denn um auch die Interessen der Gläubiger zu berücksichtigen, soll es eine Restschuldbefreiung nach drei Jahren nur dann geben, wenn in diesem Zeitraum zumindest die Verfahrenskosten und 25 Prozent der Schulden beglichen worden sind. Damit soll der Schuldner einen gezielten Anreiz erhalten, möglichst viel beizutragen. Kann der Schuldner diese Voraussetzungen nicht erfüllen, kommt es erst nach sechs Jahren zu einer Restschuldbefreiung. Eine Verkürzung der Restschuldbefreiungszeit von sechs auf fünf Jahren ist immerhin möglich, wenn zumindest die Verfahrenskosten vollständig bezahlt worden sind.

*Verkürzung des Verfahrens
von sechs auf drei Jahre*

- Unter dem Stichwort „Stärkung der Gläubigerrechte“ sieht der Gesetzentwurf eine Erweiterung der Versagensgründe für die Restschuldbefreiung vor. So sollen zum Beispiel Verbindlichkeiten, die aus Steuerstraftaten resultieren, von der Restschuldbefreiung ausgenommen werden.
- Außerdem soll das außergerichtliche Einigungsverfahren gestärkt werden. Wenn sich einzelne Gläubiger gegen eine sinnvolle außergerichtliche Einigung im Schuldbereinigungsverfahren sperren, kann deren Zustimmung künftig vom Gericht ersetzt werden.
- Geplant ist auch, dass Mitglieder von Wohnungsgenossenschaften in der Insolvenz – ähnlich wie Mieter vor einem Wohnungsverlust – in der Insolvenz geschützt werden sollen.
- Ferner sollen Lizenzen bei einer Insolvenz des Lizenzgebers unter Wahrung der Gläubigerinteressen weiter genutzt werden können.

Kritiker befürchten, dass 2012 viele überschuldete Personen den Antrag auf Verbraucherinsolvenz zurückstellen werden, um Anfang 2013 in den Genuss der schuldnerfreundlichen Neuregelungen zu kommen. Auch der Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen befürchtet, dass eine verkürzte Wohlverhaltensperiode im Verbraucherinsolvenzverfahren dazu führen wird, dass Gläubiger auf berechnete Forderungen verzichten müssen.

2.3.3 3. Stufe: Reform des Konzerninsolvenzrechts und der Verwalterauswahl

In der dritten und letzten Stufe der Insolvenzrechtsreform sollen das Konzerninsolvenzrecht sowie die Verwalterauswahl im Mittelpunkt stehen.

Das Konzerninsolvenzrecht soll verhindern, dass ein Konzern unkontrolliert auseinanderfällt und damit die Sanierungschancen entfallen. Die bewährten Grundstrukturen der Insolvenzordnung sollen beibehalten und die Regelung für Konzerne in das vorhandene System eingefügt werden. Allerdings liegt noch kein genauer Zeitplan seitens des BMJ (Bundesministerium der Justiz) vor, wann diese dritte Stufe der Insolvenzrechtsreform in Kraft treten soll.

Bis 2007 galt in der Insolvenzordnung die Überschuldung eines Unternehmens als zwingender Auslöser für einen Insolvenzantrag. Um die Folgen der Finanzkrise abzufedern, wurde 2008 eine Ausnahmeregelung eingeführt, die besagt, dass ein bilanziell überschuldetes Unternehmen mit einer positiven Fortführungsprognose keinen Insolvenzantrag stellen muss. Damit sollten die Sanierungschancen der betroffenen Unternehmen erhöht werden.

Zum Jahr 2014 sollte diese Ausnahmeregelung wieder rückgängig gemacht und der alte, ursprüngliche Überschuldungsbegriff wieder eingeführt werden, was sich einer Studie der Universität Mannheim zufolge negativ auf die Unternehmensinsolvenzentwicklung ausgewirkt hätte. Mit der vollständigen Entfristung wird nun diese Ausnahmeregelung des gelockerten Überschuldungsbegriffs in einen rechtlichen Gesetzesrahmen gegossen. Die Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger begründet die vollständige Entfristung des Überschuldungsbegriffs so: „Die Rückkehr zum alten Überschuldungsbegriff hätte ein Scheitern zahlreicher gerade auch international geprägter Sanierungsversuche zur Folge“. Fachleute begrüßen diese Entscheidung und gehen davon aus, dass die Zahl der Insolvenzen durch diese Rechtsänderung sinken wird. Denn neben dem rein bilanziellen Effekt war Überschuldung auch für kreditgebende Banken ein Grund für Sonderkündigungen, was für ein in finanzieller

Entfristung des Überschuldungsbegriffs

Entscheidung des BMJ von Fachleuten begrüßt

Schiefelage befindliches Unternehmen in vielen Fällen den Todesstoß bedeutet hat.

■ 3 Zusammenfassung

Insgesamt beläuft sich 2012 die Zahl der Unternehmensinsolvenzen auf 29.500 Insolvenzfälle. Gegenüber dem Vorjahr (30.120 Fälle) entspricht dies einem Rückgang um 620 Fälle oder 2,1 Prozent. In den beiden Vorjahren fiel der Rückgang noch kräftiger aus (2011: minus 6,1 Prozent; 2010: minus 2,6 Prozent). Auch bei den Verbraucherinsolvenzen ist eine rückläufige Zahl der Insolvenzfälle zu verzeichnen. Insgesamt mussten 101.500 Verbraucher einen Insolvenzantrag stellen – 1,7 Prozent weniger als im letzten Jahr (2011: 103.250 Fälle). Damit nähert man sich wieder der Marke von 100.000 Verbraucherinsolvenzen an. Seit 2009 wurden stets mehr als 100.000 insolvente Verbraucher gezählt.

Die Summe der Insolvenzschäden beläuft sich für das Jahr 2012 auf 38,5 Mrd. Euro. Das sind 17 Mrd. Euro mehr als im vergangenen Jahr, als sich die Schäden auf 21,5 Mrd. Euro summierten. Dabei entfallen 26,2 Mrd. Euro (2011: 15,4 Mrd. Euro) auf private oder gewerbliche Gläubiger, während die öffentliche Hand mit 12,3 Mrd. Euro (2011: 6,1 Mrd. Euro) belastet wird. Damit stieg die durchschnittliche Schadenssumme je Insolvenzfall im Jahr 2012 auf 888.000 Euro, nachdem es im Vorjahr nur 511.000 Euro waren. Die Zahl der Arbeitsplätze, die aufgrund der Insolvenzen verloren gehen oder bedroht sind, beläuft sich aktuell auf 346.000 Betroffene. Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres hat die Zahl der drohenden Arbeitsplatzverluste um 46,6 Prozent zugenommen (2011: 236.000). Die diesjährige Zahl der drohenden Arbeitsplatzverluste liegt allerdings rund 100.000 Arbeitnehmer unter dem Mittelwert der letzten zehn Jahre (ca. 450.000 drohende Jobverluste).

Der Handel verzeichnet in diesem Jahr den stärksten Rückgang bei den Insolvenzen: Binnen Jahresfrist reduzierte sich der Anteil der Handelsunternehmen am Insolvenzgeschehen um 2,6 Prozent von 6.190 auf 6.030 Betriebe. Die Insolvenzquote (Zahl der Insolvenzfälle bezogen auf den Unternehmensbestand) ist im Handel von 96 auf 93 gesunken. Zum Vergleich: Die Insolvenzquote über alle Branchen hinweg beträgt aktuell 93 Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen (Vorjahr: 95). Bemerkenswert ist dabei, dass die ostdeutsche Insolvenzquote erneut unter der westdeutschen liegt, nachdem dies im Vorjahr erstmals der Fall war. So geraten in den neuen Bundesländern derzeit 87 Firmen je 10.000 Unternehmen in die Insolvenz (Vorjahr: 93), während es in den alten Bundesländern immerhin 95 Firmen sind (Vorjahr: 96).

Verglichen mit der gesamtdeutschen Veränderungsrate weist auch der Dienstleistungssektor einen überdurchschnittlichen Rückgang bei den unternehmerischen Insolvenzen auf: Die Zahl der Zusammenbrüche von Dienstleistern sank um 2,4 Prozent von 17.210 auf 16.800 Fälle. Etwas geringer fiel der Rückgang bei den Baufirmen aus. Hier wurde mit 4.240 Insolvenzfällen ein Rückgang um 1,2 Prozent registriert (2011: 4.290 Fälle). Im Verarbeitenden Gewerbe wurden mit 2.430 Insolvenzen genauso viele Fälle registriert wie im vergangenen Jahr.

Die Zahl der mittleren und großen Insolvenzen hat im Vergleich zum Vorjahr deutlich zugenommen. 2012 waren es 150 Großunternehmen mit einem Jahresumsatz von über 50 Millionen Euro. Im letzten Jahr waren es gerade einmal 90 Unternehmen – ein Zuwachs um 66,7 Prozent. Ebenfalls stark gestiegen ist die Insolvenzbetroffenheit unter den Unternehmen mit einem Umsatz zwischen 25 und 50 Millionen Euro. Während 2011 nur 150 Unternehmen dieser Größenklasse den Gang zum Amtsgericht antreten mussten, sind es aktuell 180 Insolvenzfälle (plus 20,0 Prozent). In den kleinteil-

ligeren Segmenten hat sich das Insolvenzgeschehen auf breiter Front entspannt, wobei der stärkste Insolvenzurückgang bei den kleinen Betrieben registriert wurde, die im Jahr zwischen 100.000 und 250.000 Euro umsetzen: Die Zahl der Insolvenzen ging hier um 5,9 Prozent von 6.740 auf 6.340 Fälle zurück. Weniger Insolvenzen gab es auch bei den Betrieben, die einen Jahresumsatz von bis zu 100.000 Euro (minus 4,0 Prozent) bzw. zwischen 250.000 und 500.000 Euro (minus 4,9 Prozent) erwirtschaften.

In fast allen Altersklassen lässt sich 2012 eine rückläufige Insolvenzbetroffenheit feststellen. Der stärkste Rückgang wurde bei den Neugründungen registriert: 2012 mussten 6,1 Prozent weniger Unternehmen im Alter von bis zu zwei Jahren Insolvenz anmelden. Lediglich bei den Betrieben, deren Gründung drei bis vier Jahre zurückliegt, hat die Zahl der Insolvenzen von 4.720 auf 5.170 Fälle zugenommen (plus 9,5 Prozent). Dies könnte eventuell darauf zurückzuführen sein, dass während oder kurz nach der Finanzkrise relativ viele Gründer zu riskante Wachstumsstrategien gewählt hatten oder ihr „aus der Not geborener“ Geschäftsplan prinzipiell nicht hinreichend durchdacht war.

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschaftsforschung
Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

Leitung:

Michael Bretz
Telefon: (02131) 109-171
E-Mail: m.bretz@verband.creditreform.de

Redaktion:

Dr. Benjamin Mohr,
Telefon: (02131) 109-172
E-Mail: b.mohr@verband.creditreform.de
Micaela Kiener-Stuck
Telefon: (02131) 109-229
E-Mail: m.kiener-stuck@verband.creditreform.de

Alle Rechte vorbehalten

© 2012, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

29. November 2012

